



Spritpreise steigen

Ab heute ist Tanken für Benzin-Fahrer teurer: Der Preis für den 95er steigt um 2,9 ct. auf 1,223 Euro, beim 98er sind es 2,1 ct. und damit 1,282 Euro.

Same procedure...

Zweite Runde des Wirtschafts- und Sozialrats zum Europäischen Semester

LUXEMBURG
ANNETTE DUSCHINGER

Vier Mal treffen sich die drei Sozialpartner im Rahmen des „Europäischen Semesters zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik“. Bei der ersten Runde Ende Januar wurde das Wachstum in der EU sowie in Luxemburg aufgrund verschiedener Berichte analysiert. Bei der zweiten Runde gestern, die wiederum im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrats stattfand, ging es konkret um den Austausch zur Vorbereitung des Nationalen Reformplans (PNR) sowie des Stabilitäts- und Wachstumsprogramms (PSC), die die Regierung Ende April verabschieden und nach Brüssel schicken wird.

Dazwischen hatte die EU-Kommission am 26. Februar weitere Dokumente zur wirtschaftlichen Entwicklung und Berichte zu jedem Mitgliedsland verschickt - erstmals so früh, damit sie innerhalb der Länder breit diskutiert werden können. „Wir sind Vorreiter in Europa, was den Dialog mit den Sozialpartnern angeht“, sagte Premier Xavier Bettel. Eine solvente Wirtschaft und sinkende Arbeitslosigkeit seien die Ziele der Programme. „Es ist fundamental wichtig, dass wir uns einig sind und wir brauchen Ihre Unterstützung“, appellierte er an die Gewerkschaften und die Unternehmensvertreter.

Prognostiziertes und potenzielles Wirtschaftswachstum klaffen auseinander

Es war vor allem Wirtschaftsminister Etienne Schneider, der gestern im Namen der Regierung auf die EU-Empfehlungen einging. „Mit einem BIP-Wachstum von 2,9 Prozent im vergangenen Jahr lag Luxemburg über dem EU-Schnitt von 1,7 Prozent und steht gut da“, sagte er. 3,3 Prozent seien in diesem Jahr im Bereich des Möglichen. „Unseren derzeitigen Informationen nach könnten wir 2016 bis 2018 3,7 Prozent erreichen und die Arbeitslosigkeit auf 6,5 Prozent senken.“ Negativ sei, dass man an die Wachstumsraten von im Schnitt 4,7 Prozent vor der Krise nicht anknüpfen könne, das potenzielle Wachstum auf um die zwei Prozent absinken könnte und die Produktivität nur schwach steige.

Dadurch dass die privaten Forschungsausgaben gesunken sind, bleibe man mit 1,16 Prozent des BIP unter dem nationalen Ziel von 2,3 bis 2,6 Prozent bis 2020. Bei der Bildung dagegen könnte man die Ziele erreichen: Mit 6,5 Prozent Schulabbrechern stehe man im EU-Vergleich (11,3 Prozent) gut da und mit 53,6 Prozent Hochschuldiplomierten sei man auf gutem Weg, die angepeilten 66 Prozent bis 2020

„Wir haben eine spezielle Situation in Luxemburg“

ETIENNE SCHNEIDER, Wirtschaftsminister

zu erreichen. Anstrengen müsste man sich beim Klimawandel, denn mit 3,6 Prozent Nutzung von erneuerbaren Energien sei man noch weit vom elf Prozent-Ziel für 2020 entfernt.

Sorgenkind Armutsrisiko: Studie in Aussicht

Kopferbrechen bereite weiterhin das Armutsrisiko, das mit 19 Prozent unter dem EU-Schnitt von 24,5 Prozent liegt, aber in den letzten Jahren stieg. „Wir haben eine spezielle Situation in Luxemburg, weil wir viele Hochqualifizierte beschäftigen, sodass das mediane Einkommen extrem hoch ist“, sagte Schneider. Eine Studie werde sich nun mit der Frage beschäftigen, was akzeptabel sei, um ein würdiges Leben führen zu können. Die Empfehlungen der Kommission, die die Staatsfinanzen, die Pensionen, das Zustandekommen der Gehälter, die Diversifizierung der Wirtschaft sowie die Jugendarbeitslosigkeit betrafen, entkräftete er weitgehend mit den von der Regierung ergriffenen Maßnahmen.

OGBL-Präsident André Roeltgen zeigte sich zufrieden ob der weitgehend guten Lage des Landes und fand es „bedauerlich, dass die Kommission nicht aus ihrem

Karton herauskommt und bei ihrer Spar- und Austeritätspolitik und ihren Copy-Paste-Kritiken an Luxemburg bleibt“. Die Regierung soll Brüssel nun mitteilen, dass Löhne nicht nur ein Kostenfaktor, sondern auch eine treibende Kraft für private Investitionen seien, dass nicht der Nominal-, sondern der Reallohn zähle und man endgültig aufhören soll, den Index anzuprangern. Es laste auch kein Druck auf dem Pensionssystem. Es gelte die Kaufkraft zu verbessern, den Mindestlohn zu erhöhen, kleine und mittlere Einkommen steuerlich zu ent- und Betriebe sowie Vermögen mehr zu belasten.

Damit kam er genauso wenig aus seinem „Karton“ heraus, wie Unternehmensvertreter Michel Wurth, der die Empfehlungen der EU-Kommission als interessante „feuille de route“ bezeichnete. Luxemburgs Betriebe hätten an Exportanteilen und Wettbewerbsfähigkeit verloren. „Kein Betrieb kann Investitionen tätigen, wenn die Lohnstückkosten ständig steigen - das ist unlogisch“, hielt er Roeltgen entgegen. Dieser verdiene zudem einen Wirtschaftsnobelpreis, wenn er erklären könne, wie mehr Arbeitsplätze entstehen, wenn gleichzeitig die Löhne steigen.

Wurth wies auch auf die Diskrepanz hin zwischen dem erhofften Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent und dem eher realistischen „potenziellen“ von zwei Prozent. Man müsse zudem heute diskutieren, wie man die Inflation niedrig halten könne und nicht warten, bis sie wieder steigt. ●

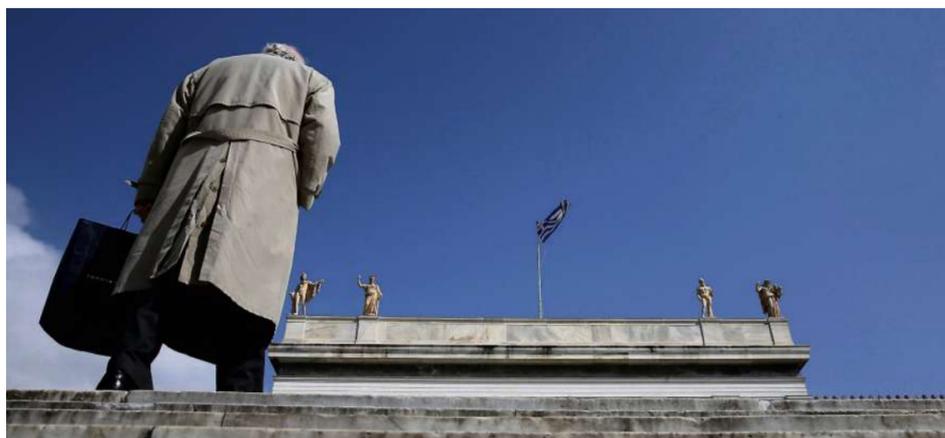
Die Regierung hat es nicht leicht: Halbvolle und halbleere Gläser sitzen sich weiter gegenüber

Foto: D. Sylvestre



Dickes Paket

Athener Reformen sollen 3,7 Milliarden in die Kassen spülen



Durch den Kampf gegen Steuerbetrug soll viel Geld in die griechische Kasse fließen

Foto: AP

ATHEN Die Maßnahmen der Reformliste, die die griechische Regierung den Geldgebern präsentiert hat, sollen 3,7 Milliarden Euro in die Kassen in Athen bringen. Das verlautete aus Kreisen des Finanzministeriums gestern in Athen. Alleine Kontrollen der Überweisungen von Schwarzgeldern der Griechen ins Ausland in den vergangenen Jahren soll rund 725 Millionen Euro einbringen.

Weitere 350 Millionen soll die bessere Erfassung der Einnahmen aus der Mehrwertsteuern in die Kassen spülen. Die Staatseinnahmen für die Vergabe von Lizenzen an private Fernsehsender soll weitere 350 Millionen Euro bringen.

Zudem sollen die Bürger ermutigt werden, Quittungen für ihre Einkäufe zu verlangen. Bei einer Lotterie sollen einige Quittungen Preise gewinnen. Mit dieser verlockenden Maßnahme hofft der Staat rund 270 Millionen an Mehrwertsteuern zu kassieren.

Andere Beträge sollen durch die Vergabe von Lizenzen an elektronische Casinos sowie die Einnahmen durch die Zahlungen säumiger Schuldner an den Staat (rund 255 Millionen Euro) gezahlt werden. Die Bekämpfung des Schmuggels im Bereich Treibstoffe und Tabak soll weitere 250 Millionen Euro einbringen. Schließlich sollen 1,5 Milliarden Euro aus der Privatisierung von Häfen und Flughäfen des Landes in die Staatskassen fließen, hieß es aus Kreisen des Finanzministeriums. DPA